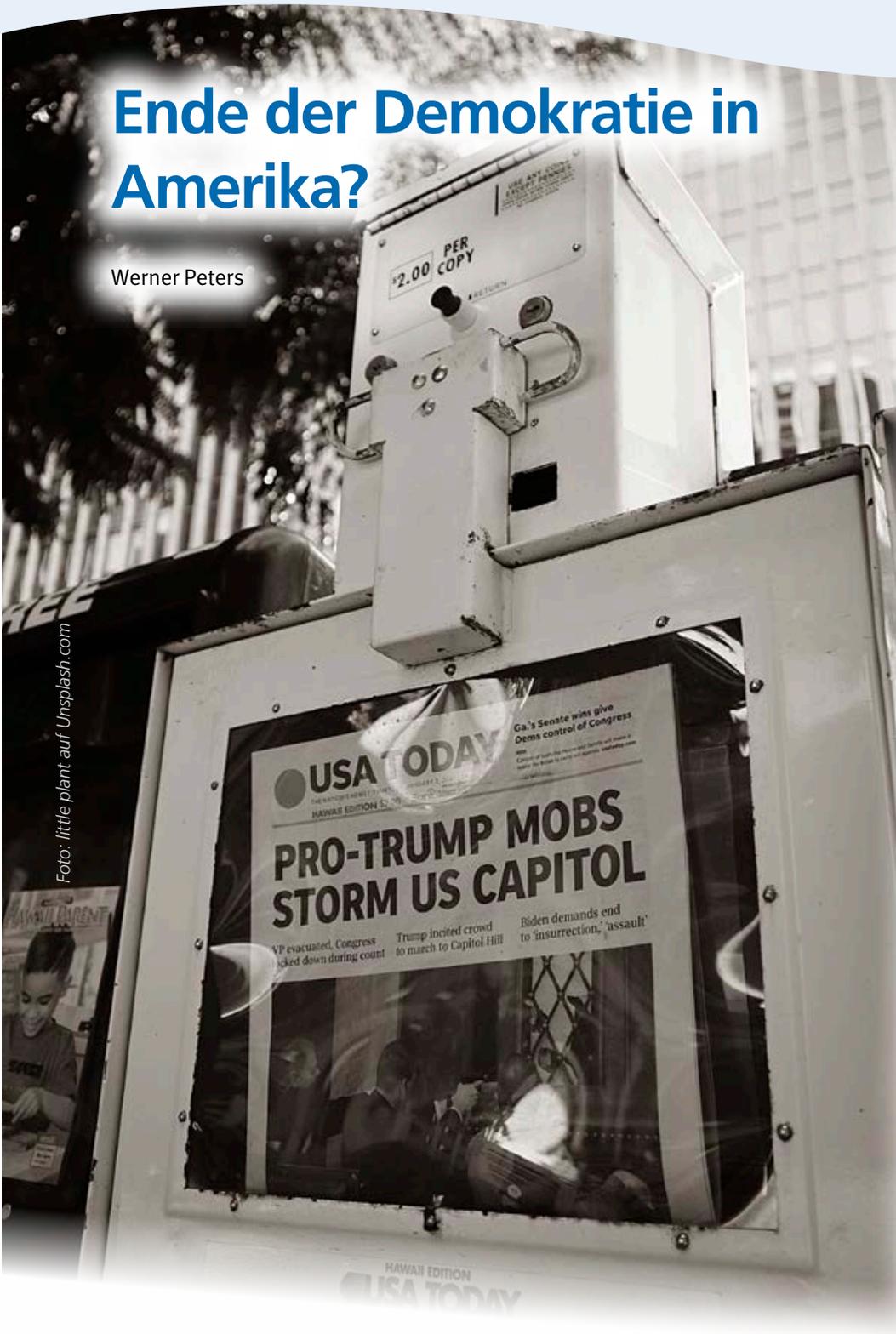


Ende der Demokratie in Amerika?

Werner Peters

Foto: little plant auf Unsplash.com



Man möchte am liebsten den Gedanken nicht hochkommen lassen und schon gar nicht aussprechen, allein aus Respekt vor den über 500.000 Corona-Toten – aber diese Pandemie hat sich in einer geradezu schicksalhaften Weise auch als ein Segen für Amerika erwiesen.

Ohne sie und die durch sie ausgelösten Verwerfungen und Einbrüche vor allem des Wirtschaftslebens hätte es weitere vier Jahre der Präsidentschaft Donald Trumps gegeben mit einer beispiellosen Be-

schädigung der Demokratie und der gesellschaftlichen Ordnung.

Es kann keinen Zweifel daran geben – betrachtet man den knappen Ausgang der Wahl am 3. November –, dass Donald Trump als Sieger hervorgegangen wäre, wenn die Wirtschaft, nicht zuletzt aufgrund seiner rücksichtslosen Aushebelung des Umweltschutzes, sich weiter so gut entwickelt hätte, wie es zu Beginn des Jahres aussah.

Das wirtschaftliche Klima und das subjektive Befinden der Menschen in ihm sind, ob man es bedauert oder nicht,

letztlich wahlentscheidend. Bill Clinton hat es bei seinem Wahlkampf für das Präsidentenamt auf die simple Formel gebracht: „*It's the economy, stupid!*“. Und bei den Wahlen am 3. November war keineswegs die desolote Lage des Gesundheitswesens aufgrund der Corona-Pandemie, sondern mit 37% bei den Wählern die Wirtschaft der ausschlaggebende Aspekt für ihr Votum.

Wie es weitergegangen wäre

Wenn wir wirklich erfassen wollen, in welchem Zustand sich die amerikanische Demokratie befindet, um von daher eine Einschätzung der Entwicklung der politischen Lage in den USA vorzunehmen, ist es nötig sich zu vergegenwärtigen, was vier weitere Jahre mit Donald Trump im Weißen Haus bedeutet hätten, ein Szenario, das immerhin ein großer Teil der amerikanischen Bevölkerung, davon viele geradezu mit Begeisterung, gewünscht hat.

Über die durchaus ernst gemeinten Beschwörungen der Politiker und Kommentatoren, allen voran Joe Biden, dass die amerikanische Demokratie sich als widerstandsfähig erwiesen habe, insbesondere insofern sie den gewaltsamen Umsturz abgewendet habe, darf man nicht vergessen, in welchem Zustand sie sich am Vorabend der Abwahl von Donald Trump befand und wie sie nach seiner Niederlage von ihm wochenlang in ihren Grundfesten angegriffen wurde.

Trump hat die besondere Machtfülle des Präsidenten, der nicht vom Parlament abhängig und ihm Rechenschaft schuldig ist, extrem ausgeweitet und praktisch autoritär regiert. Das System der „*checks and balances*“, bei dem der Kongress den Präsidenten vor allem über die Bewilligung von Haushaltsmitteln kontrolliert und in Schach hält, war zusammengebrochen. James Madison, einer der Gründerväter der Republik, hatte seine Erwartung auf das Funktionieren dieses Systems damit begründet, dass „*ambition counteracts ambition*“, also jede der beiden Mächte eifersüchtig darauf bedacht wäre, dass die andere Seite nicht zu stark würde. Die Schöpfer der Verfassung hatten sich nicht vorstellen können, dass die Mitglieder des Kongresses, der von ihnen bewusst als die wichtigste und stärkste Institution – weil Ver-

treterin des Volkes – konzipiert war, sich bedingungslos einem mittelmäßigen Demagogen unterwerfen und zum Erfüllungsgehilfen seiner erratischen politischen Agenda degradieren lassen würden. Hier wird eine gefährliche Fehlstelle in der amerikanischen Verfassung offenkundig, die aber bisher nicht die ihr gebührende Beachtung gefunden hat: die institutionelle Unabhängigkeit des Präsidenten, der – entsprechende Mehrheiten im Senat vorausgesetzt – gesetzwidrig, ja geradezu kriminell agieren kann, wie die bisher alle gescheiterten Impeachment-Verfahren gezeigt haben.

Die Republikaner im Kongress, die bis 2018 die Mehrheit in beiden Häusern hatten, danach immer noch im Senat, haben dem Autokraten im Weißen Haus keinen Widerstand entgegengebracht. Zum einen, weil er ihnen gefällig war bei der Durchsetzung ihrer Lieblingsprojekte, insbesondere Steuerensenkungen für die Reichen, vor allem aber aus Angst vor der republikanischen Wählerbasis, die sich in den vier Jahren Trump-Präsidentschaft zu einer fanatischen Trump-Anhängerschaft entwickelt hatte.

Dieser Kurs einer Umwandlung der amerikanischen Demokratie in eine faktische Ein-Personen-Herrschaft hätte sich nach einem Wahlsieg Donald Trumps und damit Bestätigung seiner Politik und seines Herrschaftsstil nur noch schneller fort- und festgesetzt. Donald Trump hatte schon vor der Wahl davon gesprochen, dass er in seiner Rolle als Präsident von der Verfassung eigentlich unumschränkte Macht zugewiesen bekommen habe, eine ungeheuerliche Anmaßung, die aber wie alle seine Tabubrüche nicht öffentlich abgestraft wurde.

In den möglichen weiteren vier Jahren Präsidentschaft Trump mit einem willfährigen Kongress an seiner Seite oder besser unter seiner Kuratel, hätte er nicht nur die Macht des Präsidentenamtes weiter ausgebaut, sondern alle relevanten demokratischen Institutionen seinem Herrschaftssystem angepasst. Es ist bei der Fülle der sich teilweise überschlagenden Ereignisse und der Unzahl der täglichen Lügen und Ungereimtheiten aus dem Weißen Haus nicht so richtig zur Kenntnis genommen worden, dass Trump und seine Höflin-

ge in den letzten Jahren systematisch Behörden, Kommissionen, Regierungsagenturen mit einseitig konservativem Personal besetzt oder ganz aufgelöst haben, wenn sie nicht mehr ins politische Programm von Trump passten. In ähnlicher Weise wurden auch im Justizbereich Hunderte von Richterstellen mit strammen Republikanern neu besetzt. Die öffentliche Verwaltung wäre im Jahre 2024 gleichgeschaltet gewesen. Bei der Justiz hätte es möglicherweise noch Widerstand gegeben, aber auch dort wäre der Einfluss des Trumpismus spürbar gewachsen.

Es ist durchaus keine reine Fantasie, wenn man davon ausgeht, dass Trump auch eine Art erblicher Monarchie ins Auge gefasst hat und zumindest daran gearbeitet hätte, eines seiner Kinder, Ivanka oder Donald jr., als Nachfolger zu etablieren. Versuchsballons in diese Richtung wurden bereits gestartet. Nach all dem was die vergangenen vier Jahre gebracht haben, nach dem, was der versuchte Putsch am 06. Januar gezeigt hat, darf man sich keinen Illusionen hingeben über das Ausmaß an Energie, die Donald Trump für den Gewinn, den Ausbau und den Erhalt von Macht einzusetzen in der Lage ist.

Wir hätten im Jahr 2024 die Demokratie in Amerika vergeblich gesucht. Das Land hätte sich ungefähr so dargestellt, wie wir die heutige Situation in der Türkei beurteilen.



Foto: Jose M. auf Unsplash.com

Zum Glück kam alles anders, oder etwa nicht? 🌊

Nun wurde er aber abgewählt. Ist jetzt alles vorbei, ist alles anders? Hat die Demokratie, wie immer wieder beschworen wurde, sich als widerstandsfähig erwiesen? Ist sie wiederhergestellt? An der Oberfläche, ja. Mit der

Übernahme des Präsidentenamtes durch Joe Biden ist wieder so etwas wie Normalität im Politikbetrieb zurückgekehrt, vor allem gibt es wieder so etwas wie politische Kultur mit Anstand, Würde, Respekt und Dialogbereitschaft. Aber die amerikanische Gesellschaft ist tief gespalten, und die Verwundbarkeit des politischen Systems, auf das die Amerikaner so stolz sind, ist offen zutage getreten. Trump, aber nicht nur er, sondern eine Reihe weiterer Opportunisten warten nur auf die Gelegenheit, die Schwächen des Systems auszunutzen, um es durch eine autoritäre Herrschaft zu ersetzen.

Wie konnte es dazu kommen, und wie so so plötzlich und so tiefgreifend? Die Ursachen für diese Entwicklung sind vielfältig und gehen weit zurück. Grundsätzlich kann man sagen, dass Donald Trump zur richtigen Zeit am richtigen Ort war, um eine sich seit langem aufstauende politische Gemengelage zur Entladung zu bringen. Die Basis dieses Gemenges ist eine sich bis zur Wut steigernde Unzufriedenheit vor allem der unteren Mittelschicht und der Unterschicht, die sich von dem rasanten Tempo der wirtschaftlichen Veränderungen abgehängt fühlen. Stichwort: Verlust vormals gut bezahlter Industriearbeitsplätze durch Globalisierung und Digitalisierung. Im Kern geht es aber nicht nur um den wirtschaftlichen und finanziellen Aspekt dieses Niedergangs, hierin steckt auch die Sehnsucht nach der „guten, alten Zeit“, in der die Verhältnisse klar und überschaubar waren. Trumps Lockruf „*Make America great again*“ versprach ja keinen Aufbruch in die Zukunft, sondern war im Grunde genommen eine Beschwörung der goldenen Vergangenheit Amerikas.

In dieser politischen Grundeinstellung trafen sie sich mit den anderen Gruppen, die sich aus den unterschiedlichsten Gründen der Realität der modernen Gesellschaft widersetzen: das sind vor allem die religiösen Fundamentalisten, die nicht nur weite Bereiche der ländlich geprägten Staaten des Mittleren Westens und des tiefen Südens prägen, sondern im ganzen Land mit unterschiedlichem Einfluss vertreten sind. Die Menschen auf dem Land allgemein, die immer noch einen großen Bevölkerungsanteil stellen, sind überwiegend stockkonservativ, was sich

etwa an Wahlergebnissen von über 90 % für Donald Trump in einzelnen Landkreisen ablesen lässt. Der Konservatismus mischt sich hier mit einem extrem definierten Freiheitsverständnis, das bei vielen zur Ablehnung jeglicher Einmischung des Staates in die eigenen Lebensverhältnisse führt – auch wohlwollender Sozialhilfe, aber vor allem Einschränkungen des persönlichen Umfelds, etwa durch Umweltschutzvorschriften. Sie alle eint die Überzeugung, dass Bedrohung, Verschlechterung oder gar Vernichtung ihrer gewohnten Lebensumstände von der Bundesregierung, dem korrupten Moloch Washington ausgeht, und viele derjenigen, die am 6. Januar das Kapitol stürmten, fühlten sich ohne jeglichen Selbstzweifel als wahre Patrioten, die in der Tradition der Gründung der Vereinigten Staaten aus einer Revolution heraus gegen eine ungerechte Obrigkeit zu Felde zogen.

Die Bilder von Männern mit Büffelhornhelmen im Kapitol mögen uns wie ein Spuk erscheinen, aber dahinter steht eine Masse und eine Bewegung, die mit diesem Ereignis nicht beruhigt und befriedigt ist, sondern bereit, auf den nächsten Ruf zu hören.

Dies alles weiß Präsident Biden, wissen die Demokraten, denen nichts anderes übrigbleibt, als vorsichtig zu versuchen, diese Gemengelage auseinander zu bringen und mit jeder einzelnen dieser Schichten und Gruppen, soweit sie überhaupt noch erreichbar sind, zu einer Verständigung über ihre Sorgen und Bedürfnisse zu kommen und diesen abzuwehren. Dabei muss Biden den Spagat schaffen, auch die eigene inzwischen deutlich nach links tendierende demokratische Basis mit ihren Rufen nach mehr sozialer Gerechtigkeit bis hin zu einer radikalen Abkehr von der kapitalistisch geprägten Gesellschaftsordnung im Zaum zu halten.

Für die Republikaner stellt sich die Frage, ob sie den „faustischen Pakt“, wie es ein Kommentator formuliert hat, den Trump mit den Empörten geschlossen hat, weiterführen wollen, was bedeutet, ihren Markenkern als eine seriöse konservative Partei zu verleugnen und die von Trump aufgeputschte und geradezu fanatisierte Anhängerschaft weiter zu pflegen und als Mittel zum Machtgewinn und Machterhalt einzusetzen.

Die republikanischen Senatoren hatten es in der Hand, sich von Trump zu distanzieren, möglicherweise sogar sich auf Dauer von diesem Alptraum zu befreien, indem sie ihm in dem Impeachment-Verfahren die Gefolgschaft verweigert hätten. Immerhin war der von Trump maßgebend befeuerte Putschversuch vom 6. Januar – ein erst- und einmaliges Ereignis in der über 200-jährigen Geschichte der Vereinigten Staaten – ein versuchter Staatstreik und ein unverzeihlicher Angriff auf die Grundlagen der Demokratie. Der größte Teil von ihnen aber wollte es sich nicht verderben mit einer großen und vor allem politisch sehr aktiven Wählergruppe.

Die Kongressabgeordneten stehen nicht nur unter dem Druck, ihrer Partei diese Wählerschaft nicht zu verscherzen, sondern jeder einzelne auch noch unter der zum Teil klar formulierten Drohung, dass ihm bei den nächsten innerparteilichen Vorwahlen ein Gegenkandidat präsentiert wird, der dann die Unterstützung von Trump persönlich erhält.

Die republikanische Partei steht vor einer Zerreißprobe. Denn neben den Abgeordneten und Senatoren, die inzwischen in ihrer Mehrzahl keine unabhängigen Parlamentarier mehr sind, sondern bedingungslose Gefolgsleute des selbsternannten Führers der republikanischen Partei, gibt es immer noch das alte Partei-Establishment, das sich vornehmlich aus der Wirtschaftselite und der Geschäftswelt im weitesten Sinne rekrutiert. Deren Mitglieder sind schon deutlich auf Distanz zu Trump gegangen und werden seinen Kurs der Radikalisierung der amerikanischen Gesellschaft nicht weiter mitmachen. Sie haben ihn gern unterstützt, als er ihnen die langersehnten Steuersenkungen und Deregulierungen brachte, aber sie sind nicht an einem Umsturz der staatlichen Ordnung interessiert, im Gegenteil, sie fühlen sich sehr wohl im gegenwärtigen wirtschaftspolitischen und gesellschaftlichen Klima. Hier bahnt sich ein Konflikt an, der bis zu einer Spaltung der republikanischen Partei führen könnte.

Es wäre nicht das erste Mal in der Geschichte der konservativen Parteien in den Vereinigten Staaten. In der Tat ist die heutige Republikanische Partei, die

sich *Grand Old Party* nennt, obwohl sie jünger ist als die demokratische Partei, aus dem Zerfall ihrer Vorgängerin, der *Whig Party* entstanden. Sie wurde gegründet, weil es den *Whigs* nicht gelungen war, in den Jahrzehnten, die der Sezession der Südstaaten vorangingen, eine gemeinsame, eindeutige Position in der alles dominierenden Sklavenfrage zu finden und zu vertreten. Es soll hier nicht dramatisiert werden, wenn wir Parallelen zwischen der damaligen Situation, die schließlich zum Bürgerkrieg geführt hat, und der heutigen ziehen.

Es gibt aber eine entscheidende Gemeinsamkeit, insofern es sich in beiden Fällen im Kern um anscheinend unlösbare kulturelle Gegensätzlichkeiten handelt. Auch wenn der wirtschaftliche Aspekt des auf Sklavenarbeit beruhenden Baumwoll-Anbaus in den Südstaaten im Vordergrund zu stehen scheint, war es generell die Einstellung zum „*African Negro*“, der von einer breiten Bevölkerungsschicht dort als Geschöpf von geringerer menschlicher Qualität eingestuft wurde, was für die politische Kultur im Norden zunehmend unerträglich wurde. Es ging den Menschen in den Südstaaten um die Berechtigung und den Erhalt der weißen Suprematie.



Foto: Stephen Mayes auf Unsplash.com

Unbewältigter Komplex



Dieses Thema und dieser Konflikt sind, wie die jüngsten Ereignisse um die von Trump verlorene Wahl deutlich machen, aber auch die vier Jahre seiner Präsidentschaft und letztlich auch sein

politischer Aufstieg, weiterhin virulent. Es ist ein unbewältigter Komplex des amerikanischen Selbstverständnisses, der im Zuge der demographischen Verschiebungen der Mehrheitsverhältnisse in der Bevölkerung eine neue Brisanz bekommen hat. Donald Trump hat das Potential der gefühlten Bedrohung der weißen Suprematie gespürt und ausgebeutet. Der Weg in die Politik, an die Spitze der republikanischen Partei und schließlich ins höchste Staatsamt begann mit seinem Propagandafeldzug gegen Barack Obama. Donald Trump war zwar als gerissener Immobilienmogul und großmäuliger Reality-TV-Star eine bekannte Größe in der amerikanischen Öffentlichkeit, aber politisch nicht relevant. Mit seiner „Birther“-Kampagne, der Verbreitung der unwahren Behauptung, Barack Obama sei nicht in den Vereinigten Staaten geboren und sei deshalb nach der Verfassung gar nicht berechtigt, das Amt des Präsidenten zu bekleiden, stellte er nicht so sehr die juristische Legitimität der Präsidentschaft in Frage, es war vielmehr eine kaum verhüllte Botschaft an die große Menge derjenigen, für die es unerträglich war, dass ein „Schwarzer“ Präsident des Landes sein sollte. Der Backlash kam ja auch gleich zwei Jahre später, als Barack Obama bei den Zwischenwahlen die Mehrheit im Repräsentantenhaus und kräftig Sitze im Senat verlor. Hier spielte auch die neu entstandene *Tea-Party* Bewegung, eine wichtige Rolle, eine ebenfalls nostalgisch auf die Wiederherstellung früherer Verhältnisse ausgerichtete radikale Gruppierung innerhalb der republikanischen Partei. Die Verluste der Demokraten setzten sich in den folgenden Jahren fort und führten schließlich dazu, dass Barack Obama in seinen letzten zwei Jahren als Präsident einer geschlossenen Mauer der republikanischen Opposition gegenüberstand, die jede Zusammenarbeit mit ihm verweigerte und alle seine Initiativen blockierte.

Als Donald Trump ernsthaft die politische Bühne betrat und zu den Vorwahlen für die republikanische Präsidentschaftskandidatur antrat, spielte er die Karte der bedrohten weißen Suprematie offen aus und erweiterte seine Botschaft, indem er die mexikanischen Einwanderer als Mörder und Vergewaltiger aus der amerikanischen Gesellschaft ausschloss, ein kalkulierter Tabubruch, der erste von zahlreichen, die

noch folgen sollten, der aber von denen, die die Stimme der weißen Suprematie hören wollten, mit Begeisterung aufgenommen wurde. Donald Trump war nicht nur politischer Neuling, er war auch ein Außenseiter in der republikanischen Partei. Noch im Mai 2016, als er bereits in einigen Vorwahlen seine Popularität bei der republikanischen Basis bewiesen hatte, warnte Jeb Bush, Sohn und Bruder eines republikanischen Präsidenten, damals noch ein Mitbewerber um die Kandidatur, dass eine Nominierung Donald Trumps zu einem Erdrutschsieg der Demokraten führen würde. Er hatte die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Seine Partei war längst dabei, auf die Linie des Demagogen und Agitators einzuschwenken, der offensichtlich in der Lage war, die Partei für Wählerschichten jenseits der traditionell Konservativen zu öffnen. Inzwischen haben sich die Gewichte so verschoben, dass nicht mehr das alte Partei-Establishment, sondern die durch Trump aufgeputschte und fanatisierte republikanische Basis den Kurs bestimmt, dessen Wesenskern die Erhaltung der weißen Suprematie ist, und alle Abweichler ins politische Exil zu schicken droht. Es ist kein Zufall, dass beim Sturm auf das Kapitol, aber auch bei Rallyes und Wahlkampfauftritten Donald Trumps viele seiner Anhänger die Fahne der Konföderierten, die Bürgerkriegsflagge der Südstaaten, prominent in der Menge schwenken.

Einladung zu einer autoritären Herrschaft?



Es ist unwahrscheinlich, dass die republikanische Partei den „faustischen Pakt“, den sie mit Trump eingegangen ist, aufkündigt, zu verlockend ist die Aussicht, dass er sie mit seiner Anhängerschaft wieder an die Macht bringt, und zu stark die Angst vor eben dieser Anhängerschaft, die über das Wohl und Wehe der eigenen politischen Karriere bestimmen kann. Aber der Ritt auf dem Tiger ist noch nie gut ausgegangen. Früher oder später wird Trump oder wer immer sein Erbe antritt, den Reiter abwerfen und die ganze Macht für sich beanspruchen. Einen Vorgesmack darauf haben die letzten vier Jahre bereits gegeben, die schließlich in einem versuchten Staatsstreich kulminierten. Die Kombination des Präsidentenamtes in seiner Machtfülle und Unabhängigkeit mit einem willfährigen

Kongress, der in Angst und Schrecken lebt vor den Anhängern des Präsidenten, ist geradezu eine Einladung zu einer autoritären Herrschaft, die nur noch den äußeren Schein der Demokratie aufrechterhält. Die amerikanische Verfassung ist keineswegs, wie die Gründerväter glaubten, ein besonderes Bollwerk gegen die Usurpation von Macht. Im Gegenteil, die Position des Präsidenten ist, wie sich jüngst gezeigt hat, geradezu ein Einfallstor für diktatorische Ambitionen.

Warum ist das bisher nicht passiert, warum hat die Demokratie in Amerika bisher überlebt?

Die Antwort besteht aus einem Wort: Respekt. Demokratisch verfasste Staaten leben nicht nur von dem geschriebenen Verfassungstext, sondern auch, ja, vor allem von den ungeschriebenen Regeln, Verhaltensweisen, Geltungen, Normen, denen sich Bürger und Politiker ungefragt und selbstverständlich unterwerfen. Solche ungeschriebenen Gesetze, die den Kern der demokratischen Kultur ausmachen, haben gerade in den USA eine große Bedeutung. Es gibt kein Gesetz, das einem Präsidentschaftskandidaten vorschreibt, seine Steuererklärung offen zu legen. Man tut es, es ist seit Jahren ein ungeschriebenes Gesetz, wie so viele andere, über die sich Donald Trump hinweggesetzt hat, ohne dass sein Verhalten Konsequenzen hatte. Mit der Erosion der politischen Kultur wird aber der Weg frei für den Angriff auf die demokratischen Institutionen.

In der Vergangenheit hat es immer wieder derartige Übergriffe gegeben, und sie wurden von einer wachen demokratischen Öffentlichkeit zurückgewiesen. Zwei Beispiele aus der Regierungszeit Franklin Roosevelts, der mit einer sattem Mehrheit im Kongress durchaus komfortabel durchregiert hat, können den Unterschied deutlich machen. Nirgendwo in der Verfassung stand geschrieben, dass der Präsident nur zwei Wahlperioden regieren solle. Der erste Präsident George Washington hatte ein Beispiel gegeben, indem er nach der zweiten Amtsperiode abgetreten ist. Danach war es ein ungeschriebenes Gesetz, bis Roosevelt sich vier Mal wählen ließ. Die Reaktion blieb nicht aus, die Verfassung wurde um das ungeschriebene Gesetz ergänzt. Ein anderes Bei-

spiel: Als Roosevelt in seinen ersten Jahren mit seinen Sozialgesetzen immer wieder von einem konservativen Obersten Gerichtshof ausgebremst wurde, fasste er den Plan, die Zahl der Richter zu erhöhen, um mit den neuen Richtern eine Mehrheit für seine Politik zu finden. Das war völlig legal, denn die Zahl der Richter am Obersten Gerichtshof ist in der Verfassung nicht festgeschrieben. Aber obwohl seine Gesetze breite Zustimmung in der Bevölkerung fanden und er eine überwältigende Mehrheit im Kongress hatte, gab es gegen diesen Schritt, der so offensichtlich politisch motiviert und als gegen eine feste Tradition verstoßend empfunden wurde, so heftigen Widerstand auch aus den eigenen Reihen, dass er den Plan wieder aufgeben musste. Noch in den 70er und 80er Jahren war der Kongress ein echter Gegenspieler des Präsidenten. Als nach der Katastrophe des Vietnam-Krieges deutlich geworden war, wie das Land von den Präsidenten schleichend immer tiefer in den dortigen Morast hineingezogen worden war, weil man dem Präsidenten als oberstem Kriegsherrn praktisch freie Hand gelassen hatte, wurde mit dem *War Powers Act* zumindest der Versuch unternommen, die Handlungsfreiheit des Präsidenten für kriegerische Expeditionen deutlich einzuschränken.

Als im Verlauf des Amtsenthebungsverfahrens gegen Präsident Nixon immer klarer wurde, dass dieser nicht nur in der Vertuschung des Watergate-Einbruchs verstrickt war, sondern auch versucht hatte, die Aufklärung durch die Justiz zu behindern, marschierten die Führungsspitzen der Republikaner im Senat zu ihm ins Weiße Haus und erklärten ihm, dass er nicht einmal eine Minderheit in seiner Fraktion finden werde, die nötig

wäre, um die Zwei Drittel Mehrheit zu seiner Verurteilung zu verhindern

Vergleichen wir diese Fälle mit der heutigen Situation, wo ein Präsident, der nicht nur mit reihenweisen Tabubrücken die demokratische Kultur des Landes schwer geschädigt hat, sondern auch noch zum Staatsstreich ausgerufen hat. Nicht nur ist er nicht politisch geächtet, er wird von einer beachtlichen Minderheit der Bevölkerung auch noch als Held gefeiert. Fast zwei Drittel der republikanischen Wähler stehen hinter seinen haltlosen Behauptungen, er habe die Wahl gewonnen und immer noch ein gutes Drittel weigert sich, den Sturm aufs Kapitol als Putschversuch zu verurteilen. Deutlicher kann man die Gefahr, in der sich die Demokratie in Amerika befindet, nicht beschreiben. So wie damals nach Roosevelts Coup mit der vierfachen Wahl die Politiker sich einig waren, dass eine Wiederholung per Gesetz verhindert werden müsse, so wäre es jetzt nötig, dass die Verfassung gestärkt würde gegen Möglichkeiten eines Usurpators, sich mit Hilfe einer radikalisierten Gefolgschaft an die Macht zu bringen und diese praktisch zur Diktatur auszubauen.

Es besteht kaum Hoffnung, dass sich in dieser Hinsicht etwas ändert. Zum einen sind die Mehrheitsverhältnisse so, dass an ernsthafte Reformen bei den Zuständigkeiten des Präsidenten nicht zu denken ist. Das gilt im Übrigen auch für das antiquierte Wahlsystem, das vor allem wegen der langen Karenzzeit zwischen Wahl und Amtsübergabe Raum für gefährliche Manöver des Wahlverlierers lässt. Es ist sicher nicht so, dass die Amerikaner diese Schwächen nicht sehen, aber zum einen sind für sie diese Zeremonien, die in der Verfassung nie-

dergelegt sind, geradezu sakrosankt, zum anderen geben sie sich der Hoffnung hin, dass ja bisher – und so auch dieses Mal – noch immer alles gut gegangen ist.

Wenn das nicht eine Illusion ist. Der Angriff Trumps und seiner Anhänger auf die Demokratie ist nur abgeschlagen, er wird von ihm oder seinen Erben weiter betrieben, und wenn die Demokratie nicht besser geschützt wird als durch ungeschriebene Gesetze, für die ihre Gegner nur Verachtung übrig haben, dann wird sie nicht widerstehen. 🌊

Zum Autor

Dr. Werner Peters



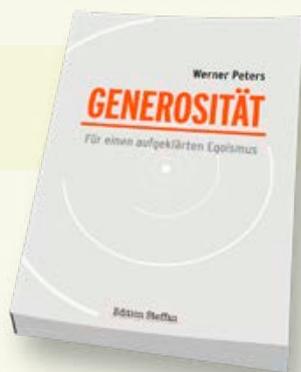
Jahrgang 1941, Studium der Althilologie und Philosophie in Tübingen und Bonn. Nach der Promotion (1967) mehrjähriger Studienaufenthalt in den USA (mit Stationen an der Harvard Universität und am amerikanischen Kongress). Ab 1970 in Deutschland als Politikberater tätig, seit 1984 Gründer und Betreiber des Künstlerhotels Chelsea in Köln. Gründer der Gruppe „Kölner Kommunitaristen“, aus der u. a. die Kölner Freiwilligen Agentur entstanden ist. Gründer und langjähriger Vorsitzender der Partei der Nichtwähler.

Zahlreiche Veröffentlichungen in Zeitschriften und Sammelbänden vor allem zur Theorie und Praxis der Demokratie.

Buchveröffentlichungen u. a.:

»The Existential Runner – Über die Demokratie in Amerika« (1992) (*in den USA 1996 unter dem Titel „Society on the Run – A European View of Life in America“ erschienen*). »Rätsel Amerika – Warum Amerikaner ganz anders sind« (2007/2009), »GENEROSITÄT – Für einen aufgeklärten Egoismus« (2013)

<https://DrWernerPeters.de>



Werner Peters: „**Generosität** – Für einen aufgeklärten Egoismus“

Edition Steffan, Köln (Sept. 2013), Paperback, 232 Seiten,

19,90 € ISBN 978-3-923838-71-4

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat für Verunsicherung gesorgt und der Glaube an die Unfehlbarkeit des Marktes ist vielfach abhandengekommen. Was läuft falsch?

Werner Peters analysiert nicht nur die Ursachen und den Verlauf der Krise, sondern entwickelt Lösungen. Er sieht das Grundproblem in der fehlenden Ethik des Kapitalismus, der sich alleine durch seine vermeintli-

che Effizienz rechtfertigt. Seine Idee ist eine ernstzunehmende Grundlage für den Diskurs über eine bessere Gesellschaft, an der jeder Einzelne mitwirken kann.

Online bei uns zu bestellen:

https://shop.humane-wirtschaft.de/werner_peters_generositaet

oder per Bestellkarte hinten in dieser Ausgabe.